



Ulrich Hartung

Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Grüne Gentechnik in Europa: Eine ländervergleichende Analyse von Risikoregulierung

Das Promotionsprojekt untersucht die Frage, wie die variierende nationale Risikoregulierung grüner Gentechnik zwischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erklärt werden kann. Für den regulativen Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen in Europa ist zwar die im internationalen Vergleich als überaus restriktiv und vorsorgend geltende EU-Risikoregulierung von zentraler Bedeutung, etwa in Form der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit. Allerdings verfügen die 28 Mitgliedstaaten (sowie mitunter ihre Gliedstaaten) im Rahmen dieser supranationalen Risikoregulierung über zunehmende Gestaltungsspielräume, um die Risiken der grünen Gentechnik eigenständig, d.h. nach nationalen Kriterien, zu regulieren. Zwischen den EU-Ländern besteht folglich eine zum Teil beträchtliche Varianz in der Regulierung grüner Gentechnik (u.a. Anbauverbote, Koexistenz-Regeln und Haftungsbestimmungen), die mit erheblichen Implikationen für die Agrarwirtschaft sowie Technologieförderung und Forschungsfreiheit verbunden sind.

Die Forschung untersuchte mehrere unabhängige Variablen, um die variierenden nationalen Regulierungen in diesem Policy-Bereich zu erklären. Hierzu zählen die öffentliche Meinung, neue soziale Bewegungen, die ideologische Ausrichtung von Regierungsparteien, der Einfluss von Interessen- bzw. Lobbygruppen sowie die politische Kultur oder die Anwendung des Vorsorgeprinzips. Die zumeist quantitative Analyse dieser Faktoren konnte zwar zu einem besseren Verständnis der Ursachen variierender nationaler Regulierungstätigkeit beitragen. Eine systematisch-qualitativ vergleichende Studie, welche die zwischen EU-Mitgliedsstaaten bestehende Varianz in diesem Regulierungsfeld sowie deren vielfältige Ursachen und Mechanismen analysiert, liegt bis dato jedoch nicht vor.

Da die Zuständigkeiten zur Regulierung grüner Gentechnik auf eine Vielzahl von Akteuren unterschiedlicher politischer Ebenen verteilt und die autoritative Kompetenzverteilung zwischen diesen umstritten ist, steht zudem infrage, in welchem Verhältnis nationale Regulierung zum System der Mehrebenenregulierung insgesamt sowie zur europäischen Risikoregulierung im Speziellen steht. Welchen Einfluss üben beispielsweise Mitgliedsstaaten auf den europäischen Regulierungsrahmen aus, um nationale Interessen statt auf nationaler über die supranationale Ebene durchzusetzen und inwiefern geraten die Regulierungsregime unterschiedlicher politischer Ebenen miteinander in Konflikt?



Als theoretisches Fundament dieses Projektes dient ein Modell der Risiko-Governance. Risiko-Governance bezeichnet sowohl die institutionelle Struktur als auch den politischen Prozess, der kollektive Aktivitäten einer Gruppe, Gesellschaft oder internationalen Gemeinschaft anleitet und beschränkt, um problematische Risiken zu regulieren, reduzieren oder kontrollieren. Mit Hilfe des Ansatzes soll erklärt werden, wie Entscheidungsfindung über nationale Regulierungen grüner Gentechnik im System der Mehrebenenregulierung unter den Bedingungen von (wissenschaftlicher) Unsicherheit, Komplexität und Ambiguität erfolgt. Dafür integriert der Ansatz verschiedene Aktivitäten, wie die technisch-naturwissenschaftliche Risikoabschätzung, das Risikomanagement und die Risikokommunikation. Neben diesem ganzheitlichen Ansatz, der außer der wissenschaftlich-technischen auch die soziale Dimension von Risiken berücksichtigt, kann zudem auf die Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung zurückgegriffen werden. Anhand deren klassischer Theorieschulen kann staatliche Regierungspolitik ländervergleichend analysiert und ermittelt werden, welche Faktoren die Unterschiede im jeweils betrachteten Politikfeld zwischen verschiedenen Ländern bedingen.

In das Vergleichssample wurden die Länder Deutschland und Spanien aufgenommen. Diese EU-Mitgliedsländer eignen sich für eine ländervergleichende Analyse von Risikoregulierung grüner Gentechnik in besonderer Weise, da sie die seitens der EU gewährten, nationalen Regulierungsspielräume über die Zeit in sehr unterschiedlicher Art und Weise nutzen. Während die Bundesrepublik mittlerweile als Prototyp äußerst restriktiver Regulierungen gilt, auf deren Territorium etwa der kommerzielle Anbau der einzigen zum Anbau in der EU zugelassenen gv-Pflanzensorte MON810 von Monsanto seit 2009 verboten ist, ermöglichen liberale spanische Regulierungen seit 1998 eine unangefochtene Führungsrolle Spaniens bei der Produktion des gv-Mais MON810 innerhalb der EU.

Die Analyse fokussiert einen Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2015 und stützt sich bei der Datenerhebung und -auswertung auf verschiedene qualitative Methoden. Die tiefenscharfe Analyse des Wandels bzw. der Stabilität der beiden Risikoregulierungsregime soll detaillierte Erkenntnisse darüber liefern, wie und warum Deutschland und Spanien mit der risikobehafteten und gesellschaftlich höchst umstrittenen Technologie innerhalb der gleichen Handlungsspielräume in so unterschiedlicher Art und Weise verfahren.

Schlagwörter: Grüne Gentechnik, Risiko-Governance, Risikoregulierung, Europäische Union, Deutschland, Spanien

Keywords: genetically modified organisms, risk governance, risk regulation, European Union, Germany, Spain